

## **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE**

### **Einrichtung einer Beratungsstelle für mobile Beschäftigte in arbeits- und tarifrechtlichen Fragestellungen**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 19. April 2016 (Drs. 19/384) wird wie folgt geändert:

Der Beschlusspunkt wird wie folgt gefasst:

„Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, umgehend ein Beratungsangebot für mobile Beschäftigte in arbeits- und tarifrechtlichen Fragestellungen im Land Bremen einzurichten und dabei die nötige räumliche Nähe zu den Arbeitsorten der Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten sicherzustellen. Der Senat berichtet der Bürgerschaft (Landtag) dazu in der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) im September 2016.“

### **Begründung**

Die Ereignisse in Bremerhaven haben die Dringlichkeit einer öffentlichen Beratungsstelle für mobile Beschäftigte nochmals unterstrichen. Auch kann kein Zweifel daran bestehen, dass nicht nur ein Konzept erforderlich ist, sondern die tatsächliche Einrichtung einer solchen Stelle, und zwar so bald als möglich. Entsprechend soll der Antrag eine zeitnahe Frist enthalten, bis wann der Bürgerschaft (Landtag) über den Stand zu berichten ist.

Claudia Bernhard,  
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE